

Bundestagswahl in Thüringen konsequent barrierefrei gestalten

Zum Antrag der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 5/6077

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, durch die Diskussion habe ich doch noch mal erwogen, hier an das Rednerpult zu gehen. Denn ich denke, es geht in unserem Antrag im Grunde genommen um die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention und diese ist seit 2009 durch die Ratifizierung auch geltendes Recht und Gesetz. Es geht um politische Teilhabe. Das ist hier mehrfach erwähnt worden, auch von Herrn Hey. Da gebe ich Ihnen recht. Es geht nicht nur um die Wahlen, es geht letztendlich auch darum, mich im Vorfeld dementsprechend zu informieren und letztendlich meine demokratische Entscheidung dann bei der Wahl zu treffen. Es geht aber auch bei der UN-Konvention - deshalb erwähne ich das noch mal - um eine andere, um eine neue Behindertenpolitik. Es geht darum, Behinderung neu zu denken und dieses neue Denken erfordert auch ein neues Handeln. Das heißt auch, dass wir neue Wege gehen müssen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Genau das wollten wir mit unserem Antrag auch heute hier noch einmal einbringen. Uns ist auch klar, dass durch die Schiebung der Tagesordnung unser Antrag nun jetzt im Juli recht spät ist, das ist klar. DIE GRÜNEN haben ja auch noch einmal darauf hingewiesen, warum das nicht an den Ausschuss überwiesen und nicht diskutiert werden soll.

(Beifall DIE LINKE)

Wir sind der Meinung, jetzt ist Juli und im September ist die Wahl. Zwischendurch werden kaum Ausschüsse groß tagen. Was sollen wir dann letztendlich über etwas reden, was dann schon Geschichte ist? Aber das Problem bleibt ja trotzdem und es bleibt uns erhalten und es bleibt uns auch bei der Landtagswahl im nächsten Jahr erhalten und wird weiterhin Thema bleiben.

Frau Stange ist in ihrer Rede auf das Bundeskompetenzzentrum für Barrierefreiheit eingegangen. Ich war in dieser Arbeitsgruppe mit tätig. Ich habe dort auch einige Vorschläge gemacht wie zum Beispiel eine mobile Wahlurne. Ich weiß durch mein Gespräch mit dem Thüringer Landeswahlleiter, dem Herrn Krombholz, dass das ein juristisches Problem und auch ein Datenschutzproblem mit sich bringt, weil in einer Wahlurne mindestens 50 Stimmzettel sein müssen. Das kann in einer kleinen Kommune, in einem kleinen Wahlbezirk, durchaus problematisch sein, dass ich keine 50 Stimmzettel in diese Wahlurne bekomme, aber was hindert uns daran, das gesetzlich oder auf Verordnungsbasis zu regeln, dass man diese Wahlurne zu einer anderen Wahlurne dazu gibt und dieses Problem einfach pragmatisch lösen kann? Ich frage mich, was hindert uns einfach daran. Das Problem des Datenschutzes hängt natürlich damit zusammen, aber das ist wohl nicht das Einzige in unserer heutigen Zeit. Das beschäftigt uns tagtäglich mit neuen Meldungen.

Die UN-Behindertenrechtskonvention geht von einem anderen Behindertenbild aus. Sie geht nämlich von Menschenrechten aus. Wenn ich heute unsere Debatte wieder verfolgt

habe, war sie leider auch in großen Teilen wieder eine fiskalische Debatte.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Menschenrechte und letztendlich auch Demokratie kann ich nicht mit fiskalischen Argumenten aushebeln oder geschweige verhindern, aber das haben wir leider am Mittwoch erleben dürfen in der Aktuellen Stunde, wo es um die Inklusion ging. Da ist aber auch Frau Stange schon darauf eingegangen. Herr Hey, Ihre Erkenntnisse oder die Ergebnisse, die Sie hier vorgetragen haben, sind mir bezüglich meiner Partei nicht unbekannt. Ich bin nämlich Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Selbstbestimmte Behindertenpolitik und das habe ich schon seit Längerem in meiner Partei vorgebracht und wir sind da am arbeiten, aber das ist leider auch ein ziemlich kompliziertes Problem, so einen Tanker sozusagen zur Korrektur zu bringen. Letztendlich ist das Internetprogramm, was wir in unserer Partei benutzen, nicht mehr das Neueste und da haben wir einige Hausaufgaben zu machen. Aber das Problem haben wir erkannt, wir werden das auch in Angriff nehmen und es wird auch abgearbeitet.

Im Übrigen haben wir bei unserem Parteitag in Dresden auch beschlossen, dass wir unser Wahlprogramm in Leichter Sprache veröffentlichen werden, dass wir unser Wahlprogramm in Brailleschrift veröffentlichen und dazu auch eine Audioversion herausgeben.

(Beifall DIE LINKE)

Das zeigt letztendlich, wir haben das Problem erkannt, leider noch nicht in Gänze gelöst, aber, ich denke, zur Landtagswahl werden wir endlich unseren Internetauftritt dementsprechend geregelt haben.

Mein Appell einfach noch mal, die fiskalischen Argumente nicht immer als die ersten aufzuzählen, weil letztendlich das, was wir mit der UN-Konvention wollen, die Umsetzung von Menschenrechten ist. Natürlich wollen auch alle behinderten Menschen, auch die schwerstbehinderten Menschen, am politischen Leben teilhaben.

Ein Argument, was hier immer wieder kam, mit der Barrierefreiheit der Wahllokale. Ich sehe ein Riesenproblem bei der Umsetzung genau so wie einige das hier genannt haben, das ist der ländliche Raum. Wenn ich dort einen Wahlbezirk habe, in dem ich nur ein Gebäude habe, was ich schon seit 30 Jahren letztendlich als Wahllokal habe, was nicht barrierefrei ist, da hat es der städtische Bereich wesentlich einfacher, hier Alternativen anzubieten. Das haben Sie auch in den Zahlen gerade genannt, dass es in den Städten besser aussieht. Das große Problem ist der ländliche Bereich. Eine Möglichkeit wäre zum Beispiel, mal über diese mobile Wahlurne nachzudenken. Ich danke Ihnen.

(Beifall DIE LINKE)